


CDU

Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Bericht aus dem Landtag

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

im ganzen Land sind derzeit unsere Verantwortungsträger in den Städten, Kreisen und Gemeinden auf der Suche nach Frauen und Männern, die für ein kommunales Mandat kandidieren. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiges verfassungsrechtliches Gut. Stadt- und Gemeinderäte entscheiden, was vor Ort passiert. Ratsmitglieder bestimmen über die Bedingungen für Wohn- und Gewerbeentwicklung, über die Kindertagesstätten und Schulen, in die unsere Kinder gehen, über die örtlichen Sport- und Kultureinrichtungen, über Angebote für Senioren und vieles mehr. Unser Land lebt vom ehrenamtlichen Engagement in der eigenen Gemeinde, das wir auch mit dem neuem Niedersächsischen Kommunalverfassungsrecht gestärkt haben. Sie sind auch die Basis für unsere erfolgreiche Arbeit im Bund und Land. Bitte kandidieren Sie selbst und überzeugen Sie andere zum Mitmachen.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

Niedersachsen macht den Weg frei für Erdkabel

Akzeptanz beim Bürger, Rechtssicherheit und verlässliche Energieversorgung: Während der Aktuellen Stunde des Landtags am Dienstag ist noch einmal deutlich geworden, welche Vorteile das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) beinhaltet.

Niedersachsens Ministerpräsident **David McAllister** hatte das zuvor erzielte Vermittlungsergebnis in der Bundsratsdebatte als „großen Erfolg für Niedersachsen“ bezeichnet. Schließlich besage das EnLAG, dass die zuständigen Landesbehörden verlangen können, Höchstspannungsleitungen unterirdisch zu verlegen, wenn sie einen Abstand von 400 beziehungsweise 200 Metern zur Wohnbebauung unterschreiten, erklärte McAllister. Diese gesetzliche Festlegung Sorge bei den Menschen in den betroffenen Regionen für mehr Akzeptanz gegenüber dem Netzausbau. „Die schon mit dem Ursprungsgesetz beabsichtigten Erleichterungen können jetzt auch durchgesetzt werden“, sagte

der Ministerpräsident.

„Das EnLAG bringt die lange Zeit geforderte Rechtssicherheit“, ergänzte CDU-Fraktionsvorsitzender

Björn Thümler. Keine unbedeutende Eigenschaft angesichts der etwa 400 Kilometer Trasse, die laut dena-Netzstudie im Energieland Niedersachsen bis 2015 entstehen sollen.

Thümler weiß denn auch auf einen weiteren Aspekt hin, den das Gesetz begünstige: „Die Netzbetreiber können mit dem Ausbau der dringend benötigten Netzstruktur beginnen – schließlich muss der im Norden gewonnene Strom auch zu den Verbrauchern im Süden transportiert werden.“



David McAllister

Thümler kritisiert CCS-Pläne des Bundes

Die CCS-Pläne der Bundesregierung zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid sorgen derzeit in Norddeutschland für große Diskussionen. Eine Karte mit über 400 potentiellen Standorten für die CO₂-Speichertechnologie zeigt, dass vor allem Niedersachsen betroffen wäre.



Björn Thümler

Björn Thümler, Vorsitzender der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, hatte seine Ablehnung gegenüber solchen Überlegungen von Beginn an formuliert:

„Die Technik ist wenig ausgereift, um sie im großen Stil anzuwenden. Außerdem trägt Niedersachsen bereits mit Gorleben, Schacht Konrad und der Asse die energiepolitische Last der Bundesrepublik. Niedersachsen mit Kohlendioxid den nächsten Energie-Abfall aufdrücken zu wollen, hielte ich für hochgradig un-solidarisch.“ An dieser Haltung änderte auch der Kompromissvorschlag des Bundes wenig, der für Schleswig-Holstein und Niedersachsen ein Veto-Recht vorsieht, nach dem bestimmte Regionen für Lagerstätten ausscheiden würden. „Die Länder müssen auf Grundlage ihrer eigenen Gesetze entscheiden können, ob sie eine CO₂-Einlagerung wollen oder nicht“, sagte Thümler.

Beten und Frühstück mit Obama

Dorothee Prüssner trifft mächtigsten Mann der Welt beim „National Prayer Breakfast“

Seit 1953 treffen sich an jedem ersten Donnerstag im Februar Menschen aus der ganzen Welt in Washington mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zum Gebetsfrühstück, dem „National Prayer Breakfast“.



Dorothee Prüssner

Dieses Jahr waren 3.000 Gäste aus 160 Ländern dabei, unter ihnen die niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete **Dorothee Prüssner**.

3. Februar 2011, 7.30 Uhr im Ballsaal des Washingtoner Hilton-Hotels. An 276 Tischen nehmen jeweils zehn Personen Platz. Kaffee, Wasser und Orangensaft stehen bereit, es gibt Bagels und Obst. Seit das „National Prayer Breakfast“ ins Leben gerufen wurde, ist es Brauch, dass der amtierende US-Präsident zu Gast ist. **Barack Obama** kam dieses Jahr mit seiner Frau Michelle. Gastredner war außerdem José Enriquez, einer der chilenischen Bergleute, die Ende letzten Jahres 69 Tage verschüttet waren. „Das National Prayer Breakfast ist eine internationale Veranstaltung von Menschen, denen es darum geht, Verantwortung vor Gott und den Menschen zu bedenken und im praktischen Handeln zu beachten“, erklärte Prüssner. „Es ist eine informelle Gemeinschaft, die überparteilich und überkonfessionell ist – man trifft sich ohne politische Absicht. Es ist ein gemeinsames Suchen nach Gott und die Frage, ob wir in unserem politischen

Handeln noch der Verantwortung vor Gott und den Menschen gerecht werden.“

Unter den Gästen waren auch politisch Verantwortliche aus internationalen Krisengebieten, wie Afrika. Sie seien zusammengekommen im Geist des Friedens und der Bruderschaft, obwohl sie in feindschaftlichen Lagern einander gegenüberstehen. „Mir war nicht bewusst, dass das Gebetsfrühstück ein solch weltumspannendes Netzwerk ist“, sagte Prüssner. „Das hat mich sehr beeindruckt“. Höhepunkt des Gebetsfrühstückes sei die Rede von Barack Obama gewesen, erzählt Dorothee Prüssner noch sichtlich fasziniert. Mit sehr persönlichen Worten ging der Präsident auf die Vorwürfe ein, er sei kein Christ und erzählt, wie er Jesus kennen gelernt hat. Seine Eltern standen der Religion eher skeptisch gegenüber. Erst durch die Bürgerrechtsbewegung sei er in Berührung

mit dem christlichen Glauben gekommen und ließ sich taufen. Als Präsident sei er mehr als zuvor auf das Gebet angewiesen. Es helfe ihm bei der Bewältigung von Problemen. Prüssner ist sich sicher, dass die Begegnungen, Gespräche und Erlebnisse in Washington auch „unser“ Gebetsfrühstück im Niedersächsischen Landtag beeinflussen werden. Schon die Präambel unseres Grundgesetzes beginnt mit den Worten: „...im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“ „Wir Politiker sollten danach handeln“, appellierte Prüssner, „und um uns immer wieder daran zu erinnern, treffen sich Abgeordnete eben auch hier im Niedersächsischen Landtag zu einem Gebetsfrühstück jeden Mittwoch vor der Plenarsitzung um 8.00 Uhr.“ Das National Prayer Breakfast stehe dafür, Vorurteile zu überwinden, sagte Prüssner. „Schaffen wir das auch in Niedersachsen?“



Gebetsfrühstück mit dem Präsidenten der USA im Ballsaal des Washingtoner Hilton-Hotels

www.whitehouse.gov

Snak op Platt im Landtag

Wie häufig wird Plattdeutsch noch im



Jens Nacke

Alltag gesprochen? Wie findet es Berücksichtigung an Schulen, in Kindergärten oder den Medien? Insgesamt 140

Fragen rund um die plattdeutsche Sprache umfasst die Große Anfrage, mit der sich die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion

ein Bild über die „Muttersprache“ zahlreicher Niedersachsen machen will – natürlich auf Platt. „Plattdeutsch steht für regionale Identität und Tradition: Es verbindet viele Niedersachsen, ganz gleich ob in der Marsch, der Heide oder den Küstenregionen“ erklärt **Jens Nacke**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. „Der Inhalt der Anfrage ist gewissermaßen die Blaupause unseres Schwerpunktthemas ‚Kultur – Tradition, Innovation und Identität in Niedersachsen‘“, so Nacke, „es findet sich in allen drei Unterthemen wieder.“ Mit der

Großen Anfrage „Neddesassen snackt Plattdütsch“ würde erstmals eine plattdeutsch geschriebene Drucksache in den Landtag eingereicht. „Natürlich werden wir die Besprechung dieser Anfrage im Landtag auch ‚op Platt‘ diskutieren“, sagte Nacke, der gleichzeitig versicherte: „Es liegt auch eine hochdeutsche Version der Anfrage vor.“

www.schwerpunktthema-niedersachsen.de/parlamentarische-initiativen/

Diskussion um Plenarsaal: Unser Ziel bleibt die Neukonzeption

Der Niedersächsische Landtag hat in der Plenarsitzung am 16. März 2010 mit großer Mehrheit für den Neubau des Plenarsaals nach den Plänen des Architekten Professor Eun Young Yi gestimmt. In diesem Landtagsbeschluss



Der Plenarsaal des Niedersächsischen Landtags

wurde festgehalten, dass es keine deutliche Kostenüberschreitung der Grenze von 45 Millionen Euro geben dürfe. Das staatliche Baumanagement aber schätzt nach groben Berechnungen die Kosten auf 65 Millionen Euro. „Unser Ziel bleibt die Neukonzeption des Plenarbereichs

nach dem Entwurf des ersten Preisträgers des Wettbewerbs, Prof. Yi“, machte der Parlamentarische Geschäftsführer, **Jens Nacke**, in der Landtagsdebatte am 16. Februar 2011 deutlich.

Nach Vorlage der Kostenbetrachtung sowie nach einer Stellungnahme des Preisträgers spreche sich die Fraktion für eine externe detaillierte Kostenschätzung zur Realisierung des Yi-Entwurfs aus, so Nacke. Gleichzeitig bitte man den Landtagspräsidenten Hermann Dinkla, eine detaillierte Kostenschätzung für eine Sanierung und Modernisierung des Plenarsaals durch das Staatliche Baumanagement erarbeiten zu lassen. Dabei sollte auch herausgearbeitet werden, welcher Sanierungsaufwand zu welchen Kosten zu realisieren ist. „Wir bieten einen engen, konstruktiven und vertrauensvollen Dialog zwischen den Fraktionen in der Baukommission sowie im

weiteren Verfahren an“, betonte Nacke. Die große Mehrheit des Niedersächsischen Landtags, CDU, FDP, SPD, ja sogar die Linke, hätten diesen konstruktiven Dialog begonnen. Den Fraktionen - mit Ausnahme der Grünen - sei klar: Demokratie kostet Geld. Das hieße auch, dass das Parlament und damit auch das Parlamentsgebäude angemessen finanziell ausgestattet werden sollte.

„Daher werden wir die schwierige Debatte fortsetzen. Wir müssen die auch emotional geführte Diskussion in der Öffentlichkeit versachlichen“, sagte Nacke. Die Neugestaltung unseres Plenarsaals sollte nicht gegen andere, ebenso notwendige Investitionen ausgespielt werden. „Diese Anstrengungen müssen wir gemeinsam leisten, denn unsere repräsentative, parlamentarische Demokratie in Niedersachsen muss uns das wert sein“, machte Nacke deutlich.

„Wir sind das Radio für die Bürger in der Region Hannover“

Interview mit Markus Mayer, Geschäftsführer und Programmdirektor von Radio LeineHertz

Wie ist das veränderte Programm von LeineHertz 106einhalb bisher angelaufen? Verfügen Sie bereits über ein Feedback von den Bürgerinnen und Bürgern?

Wir können mit unserer Entscheidung zufrieden sein. Neben der bei einer solchen Umstellung ganz normalen Kritik erfahren wir insgesamt ein äußerst erfreuliches Feedback von den Menschen in der Region Hannover. Viele, die uns bisher nicht hören wollten, schalten jetzt ein und freuen sich an unserer neuen Musikfarbe. Die Erinnerungen an schöne Erlebnisse in der Jugend – hervorgerufen durch die besten Songs der 70er und 80er, und dann aber auch das Beste vom Neuen, um up to date zu sein und mitreden zu können – das gefällt den Leuten.

Dazu viele gute Songs, die sie sonst nirgends hören. Aber was das eigentlich tolle und wichtige daran für uns ist: Unsere Informationen aus der und über die Region Hannover, die Beiträge zwischen der Musik, werden jetzt von deutlich mehr Bürgern wahrgenommen. Und das ist wiederum die schönste und beste Motivation für

unsere Freiwilligen, die diese Beiträge ja gestalten und plötzlich merken: Mensch, mich sprechen ja plötzlich alle auf meine Berichte an - wir werden ja wirklich überall in der Region gehört! Das ist auch Aufgabe des Bürgerradio – eben mehr als nur Musik.

Welches Image möchten Sie mit dem neuen und veränderten LeineHertz 106einhalb den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln?

Wir sind das Radio für die Bürger in der Region Hannover, wir sind 100 Prozent Region Hannover. Das, was Sie als Bürger aus der Region erfahren müssen, das was Sie hier interessiert – bei uns bekommen Sie es. Wir sind wie Sie hier zuhause, wir kennen uns aus und wir hören zusammen!

Wie positionieren Sie sich zu dem Umstand, dass sich Dritte in Ihre originäre redaktionelle Aufgabe der Auswahl der Musikrichtung einmischen?

Gerade bei der Musikauswahl redet jeder gerne mit, und nach einer Umstellung der Musikfarbe ist es normal, dass auch kritische Stimmen kommen. Sonst hätten wir bis dato ja alles falsch gemacht. Selbstverständlich sind wir

für Kritik jederzeit offen.

Was macht für Sie ein „Bürgerradio“ aus?

Dass wir für jeden, den Radiomachen interessiert, offen sind. Die Begeisterung fürs Radio reicht, um dabei zu sein. Das nötige Know-How lernt man bei uns. Und natürlich, dass bei uns Bürger aus der Region Hannover für Bürger aus der Region Hannover senden und dabei ganz besonders auch diejenigen eine Stimme erhalten, die in den anderen Medien kaum oder zu wenig zu Wort kommen. So legen wir großen Wert auf die Arbeit mit Jugendlichen, Migranten oder Menschen mit Handicap. Für die Jugendlichen und die Migranten haben wir sogar täglich eine komplette Sendestunde reserviert, in der sie gezielt ihre Programme ausstrahlen können.



Markus Mayer

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann im BL-Interview

Herr Minister, seit dem 19. Januar 2011 sind Sie als Minister offiziell im Amt, waren aber schon vorher intensiv gefordert. Wie haben Sie die Zeit zwischen Bekanntgabe ihrer Person als neuer Minister und der Vereidigung im Landtag erlebt?

Ich war schon sehr überrascht, als ich auf meinem Handy David McAllister hörte, der um einen Rückruf bat. Ich habe da über alle möglichen Fachthemen nachgedacht, aber bin nun wahrlich nicht darauf gekommen, dass er mich als Minister haben möchte. Nach Rücksprache mit meiner Frau, mit dem Ministerpräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden sowie intensiven Diskussionen in meiner Familie habe ich dann zugesagt und mich sehr über das Vertrauen gefreut. Bis zur Bestätigung im Landtag hatte ich eigentlich vor, in Ruhe und Ordnung meine anderen Tätigkeiten abzuwickeln und mich dann intensiv auf meine neue Aufgabe vorzubereiten. Durch die Dioxin-Probleme wurde das natürlich alles über den Haufen geworfen und entsprechend hektisch. Aber mein Haus arbeitet ja gut und so habe ich dann kurz und schmerzlos meine Arbeit aufgenommen.

Zurück in Niedersachsen: Von 2003 bis 2005 waren Sie als Staatssekretär im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium - jetzt wieder dort, sind Sie Minister. Was hat sich im Ministerium bzw. am politischen Betrieb in Hannover verändert?

Auch während meiner Zeit in Berlin habe ich den Kontakt nach Hannover natürlich nie ganz verloren. Gerade die politischen Entwicklungen hier habe ich auch aus der Ferne natürlich intensiv betrachtet. Am Themenfeld des Ministeriums hat sich nicht soviel geändert. Auf längere Sicht betrachtet, ich war über ein Vierteljahrhundert in diesem Haus in unterschiedlichen Funktionen tätig, hat sich natürlich einiges verschoben. Zu Anfang war die Landwirtschaft

das immer herausragende Thema, jetzt ist Landwirtschaft eins von mehreren gleichrangigen. Einen starken Zuwachs hat hier sicherlich die Raumordnung erlebt, Trassenführungen, Rohstoffplanungen und Struktur für den ländlichen Raum haben großes Gewicht bekommen. Auch der Verbraucherschutz läuft gleichrangig zu anderen Themen, in Zeiten wie zuletzt beim Dioxinskandal gewinnen solche Themen dann sogar für einige Monate die Überhand.



Gert Lindemann

Wie empfinden Sie den Unterschied zwischen der Bundes- und der Landeshauptstadt?

Hannover ist natürlich in vielem etwas übersichtlicher als Berlin, aber auf keinen Fall provinzieller. Angenehm hier sind innerhalb Hannovers die relativ kurzen Wege zu wichtigen Institutionen und Ansprechpartnern. Das allerdings wird sofort wieder dadurch ausgeglichen, dass unser Bundesland von der Nordsee bis an den Harz doch über eine recht große Ausdehnung verfügt. Hier in der Landeshauptstadt ist ein ruhiges Gespräch noch eher möglich, als in

Nutztierhaltung in Europa. Daraus ergibt sich auch eine besondere Verantwortung für den Tierschutz. Die Gesellschaft erwartet völlig zu Recht, dass Nutztiere tiergerecht gehalten werden und ihr Wohlbefinden sichergestellt ist. Deshalb sehe ich es als wichtige Aufgabe für Niedersachsen an, bei der Weiterentwicklung des Tierschutzes aktiv voranzugehen – und genau das machen wir jetzt.

Wie stellen Sie sich die Weiterentwicklung des Tierschutzes konkret vor?

Der Tierschutzplan beinhaltet insgesamt 38 Schwerpunktthemen für zwölf Nutztierarten. Zu den aktuell anstehenden Tierschutzvorhaben gehört unter anderem der Ausstieg aus dem Schnabelkürzen bei Geflügel. Es werden aber insgesamt alle bei landwirtschaftlichen Nutztieren relevanten Eingriffe auf den Prüfstand gestellt. Der Plan beinhaltet weiterhin eine stärkere Ausrichtung der Zucht auf die Gesamtvitalität von landwirtschaftlichen Nutztieren und die weitere Verbesserung der Haltungsbedingungen. Besonders wichtig ist mir auch die Etablierung so genannter Tierschutzindikatoren. Diese ermöglichen die objektive Beurteilung der Einhaltung von Tierschutzzielen – nicht nur durch die Tierhalter, sondern auch durch Berater und Überwachungsbehörden.

„Niedersachsen hat eine besondere Verantwortung für den Tierschutz...“

Berlin, und verglichen mit dem ganzen „Drumrum“ in Berlin geht es in Hannover immer noch ein wenig friedfertiger zu, das genieße ich sehr.

Kurz zu einem aktuellen Thema: Sie haben diese Woche den „Neuen Tierschutzplan Niedersachsen“ vorgestellt. Wollen Sie in Niedersachsen höhere Standards durchsetzen als sie in anderen Bundesländern üblich sind? Niedersachsen ist das Kerngebiet der

Über welchen Zeitraum sprechen wir?

Der Plan ist über einen Zeitraum von sieben Jahren angelegt, nämlich von 2011 bis 2018 – aus meiner Sicht ein angemessener, aber auch ehrgeiziger Zeitplan. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem „Neuen Tierschutzplan für Niedersachsen“ die richtige Richtung einschlagen und werde diesen Weg entschlossen weitergehen.



Auftakt des Schwerpunktthemas Kultur: Staatsminister Neumann spricht vor 300 Gästen im Landtag

Am 31. Januar 2011 hat die Auftaktveranstaltung der CDU-Landtagsfraktion zum diesjährigen Schwerpunktthema „Kultur - Tradition, Innovation und Identität in Niedersachsen“ stattgefunden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, **Björn Thümler**, begrüßte dazu über 300 Multiplikatoren der Kunst- und Kulturszene. Im Rahmen eines Mittagsgesprächs referierte der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, **Staatsminister Bernd Neumann**, zum Thema „Im Bund mit der Kultur“. Die Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen,

tiger Weise, sagte Neumann während seiner Rede. Er sprach über die Aufgabe der Kulturpolitik, Rahmenbedingungen für die unterschiedlichsten Facetten von Kunst und Kultur zu schaffen und zu verbessern.

Ebenso verwies er auf die Orientierungsfunktion von Kultur für die Gesellschaft und ihr Innovationspotential. „Kunst ist nicht das Sahnehäubchen, sondern die Hefe im Teig“, sagte Neumann, der sich nachdrücklich für eine Unterstützung kultureller Belange auf allen Ebenen aussprach: „Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.“



Björn Thümler bei seiner Begrüßungsrede

Ausprägungen von Kultur – und mögen sie sich uns auch nicht auf den ersten Blick erschließen - in Kontakt und in Verbindung zu treten.“

„*Kunst ist nicht das Sahnehäubchen, sondern die Hefe im Teig*“

Frau **Prof. Dr. Johanna Wanka**, nahm ebenfalls an der anschließenden Diskussion teil. Kultur sei ein elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens und bereichert den Alltag in vielfäl-



Staatsminister Bernd Neumann

Neumann hob gleichzeitig hervor, dass das Verhältnis von Politik und Kultur weit über einen finanziellen Aspekt hinaus reiche. Schließlich sei Kultur für Politik auch ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen. CDU-Fraktionsvorsitzender Björn Thümler wies auf die abwechslungsreiche Kulturlandschaft Niedersachsens hin: Sprache, Musik und Museen machten aus Niedersachsen ein „kulturell sehr reiches Land“.

Thümler erklärte mit Blick auf das Schwerpunktjahr seiner Fraktion: „Wir wollen zur Kultur, zur Kunst. Wir wollen zuhören. Wir wollen lernen. Wir wollen mit den Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren, sprechen! Unser Ziel muss es sein, den verschiedensten

Alle Landtagsabgeordneten würden dieses Ziel in ihren Wahlkreisen umsetzen. Ausserdem seien zahlreiche Veranstaltungen zu diesem Zweck in ganz Niedersachsen geplant. Die CDU-Fraktion wolle ihr Thema mit parlamentarischen Initiativen begleiten, fügte Thümler hinzu.



Niedersachsens Kulturministerin Prof. Dr. Johanna Wanka

Von Brandschutz bis Sportförderung Arbeitskreis für Inneres und Sport in Klausur

Am 10. und 11. Februar ging der Arbeitskreis für Inneres und Sport zusammen mit Niedersachsens Innenminister **Uwe Schünemann** in Göttingen zwei Tage in Klausur. Wesentliche Themen waren die Jahresplanungen des Arbeitskreises und des Innenministeriums.

Die 20 Teilnehmer diskutierten über die Themen Brandschutz, Entwicklung der niedersächsischen Polizei, Sportwetten und Glücksspielstaatsvertrag, Kommunal Finanzen sowie Sportförderung. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Hans Christian Biallas**, stellte den Teilnehmern die Ergebnisse der Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstands und der Arbeitskreissprecher in Peine vor. Anschließend wurde ein zeitliches Konzept für die Umsetzung der Zielvorgaben erarbeitet.

Am zweiten Tag beschäftigte sich der Arbeitskreis insbesondere mit der niedersächsischen Polizei. Landespolizeipräsident **Andreas Bruns** erörterte den aktuellen Stand der Personalentwicklung und stellte die weitere Entwicklung der Polizei unter dem Einfluss des demographischen Wandels dar. Der Innenminister trug vor, dass allein im letzten Jahr nach erfolgreicher Durchführung des A11 - Dienstpostenkonzeptes insgesamt 390 Stellen gehoben werden konnten.



Fritz Güntzler, Hans-Christian Biallas und Innenminister Uwe Schünemann auf der Klausurtagung

Neues Gewerbesteuermodell bietet Kommunen Chancen

„Niedersachsens Innenminister Schünemann hat mit der vorgeschlagenen Alternative zur Gewerbesteuer einen interessanten Ansatz vorgestellt, den man prüfen sollte.“ Das erklärte der



Bernd-Carsten Hiebing

kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Bernd-Carsten Hiebing**. „Es gehe dabei lediglich um eine Vergleichsberechnung, die in der Gemeindefinanzkommission diskutiert werden soll. Wichtigstes Ziel einer Reform sei nach wie

vor die Verstetigung der Einnahmen der Kommunen.

Gerade die Gewerbesteuer war in den vergangenen Jahren großen Schwankungen unterworfen. Die Kommunen müssten sich aber auf bestimmte Einnahmen verlassen können.

Von dem „Niedersächsischen Modell“ würden vor allem derzeit steuerschwache und lediglich durchschnittlich starke Kommunen profitieren. Bei ihnen sind die größten Steuerzuwächse zu verzeichnen. Eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes hat ergeben, dass die große Mehrheit, 854 Gemeinden, von diesem Modell profitieren würden.

Institut stellt Studien zur Kriminalität vor

Der Arbeitskreis Recht und Verfassung besuchte am 15.02.2011 das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen. Dessen Direktor, **Prof. Dr. Christian Pfeiffer**, stellte die aktuellen Studien des Instituts vor.

So ergeben Studien beispielsweise, dass es einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und unterschiedlichen Religionen und Stärke der Religiosität gebe. Darüber hinaus wurden den Abgeordneten Studien zur Computer-spielabhängigkeit, Tötungsdelikte an älteren Menschen und sexuellem Kindesmissbrauch durch Priester dargestellt.



Studien zu Tötungsdelikten an Kindern und zu Opfern von Strafgefangenen im Vollzug wurden näher beleuchtet. Bei Tötungsdelikten an Kindern sei ein auffälliges Ost-West-Gefälle zu beobachten. Die Täter seien nicht einer spezifischen Schicht zuzuordnen. Etwa 37 Prozent dieser Tötungen erfolgen in den ersten drei Tagen nach der Geburt. Weiterhin wurde die Studie zur Gewalt unter den Strafgefangenen vorgestellt.



Dr. Uwe Biester

Ziel der Studie sei es, die Dunkelziffer von Gewalt im Vollzug hinsichtlich der einzelnen Vollzugsformen zu analysieren. „Die Studien sind wichtig für unsere Arbeit“, sagte der Arbeitskreissprecher **Dr.**

Uwe Biester zum Abschluss des Gespräches. „Die Ergebnisse der Studien haben uns gezeigt, wo noch Handlungsbedarf besteht.“

Jahressteuergesetz: Mehr Anerkennung für ehrenamtlichen Einsatz

Seit dem 1. Januar 2011 gilt das Jahressteuergesetz 2010. Damit können ehrenamtliche Vormünder, Betreuer und Pfleger ab 2011 für ihre Aufwandsentschädigungen eine Steuerbefreiung von bis zu 2.100 Euro pro Jahr in Anspruch nehmen.

Bisher lag die Grenze bei 500 Euro. „Der Bundesgesetzgeber hat mit dem

Jahressteuergesetz 2010 eine zentrale



Heinz Rolfes

Forderung Niedersachsen erfüllt und das richtige Signal für ehrenamtlich Tätige gesetzt, indem er den Steuerfreibetrag für ehrenamtliche Betreuungen erhöht hat,“ erklärt der

stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinz Rolfes.

„Unsere Gesellschaft ist zunehmend darauf angewiesen, engagierte Bürger zu gewinnen, die Interesse an der Übernahme einer rechtlichen Betreuung im Ehrenamt haben. Dafür leistet das Jahressteuergesetz einen wichtigen Beitrag.“

Zweibettzimmer als Standard?

Frau Mundlos, nach Plänen der Koalition in Berlin soll es nur noch Zweibettzimmer in Krankenhäusern geben. Wie stehen Sie dazu?



Heidemarie Mundlos

Grundsätzlich kann ich diesem Vorstoß zustimmen. Ein Aufenthalt in einem Vier- oder Sechsbettzimmer kann für einen kranken Menschen schon belastend sein. Ein Zweibettzimmer könnte die Genesung fördern.

Aber ist das denn überhaupt umsetzbar? Gerade in den neuen Bundesländern sollen über ein Drittel der Zimmer noch mit mehreren Betten belegt sein?

Das stellt die Krankenhausbetreiber – auch wenn es in Niedersachsen besser aussieht – vor erhebliche Probleme. Es reicht ja nicht, wenn sie einfach zwei Betten aus dem Zimmer herausnehmen. Sie brauchen ja weiter die Kapazitäten. Da müssen Wände versetzt und neu gezogen werden und die sanitären Einrichtungen an-

gepasst werden. Das geht nicht von heute auf morgen und es kostet Geld.

Ein wichtiger Aspekt. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, schlägt ja vor, dass die Krankenhäuser für Patienten in Mehrbettzimmern weniger Geld bekommen sollen oder dass diese Patienten die Zuzahlung von zehn Euro nicht bezahlen müssen. Was halten Sie davon?

Darüber kann man nachdenken. Nur ich warne davor, dass dies dann den Geruch einer Zwei-Klassen-Medizin bekommen kann. Wer sich die zehn Euro leisten kann, liegt erster Klasse, alle anderen nur zweiter. Das würde ich ablehnen.

Welche gesetzliche Regelung würden Sie vorschlagen?

Ich glaube nicht, dass wir hier gleich die Gesetzeskeule schwingen müssen. Die Krankenhäuser wissen selber ganz genau, was sie an dieser Stelle dem Wettbewerb und der Nachfrage schuldig sind und wie sie sich auf den Wandel vorbereiten müssen. Den wir im Übrigen mit dem Konjunkturpaket II im Jahr 2010 mit zusätzlichen 50 Millionen Euro für Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen bereits unterstützt haben. Wir werden die Entwicklung aber beobachten und mit den Beteiligten diskutieren.

Özkan eröffnet neue Kinderschutzambulanz

Am Institut für Rechtsmedizin der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) hat Niedersachsens Sozial- und Gesundheitsministerin **Aygül Özkan** die Kinderschutzambulanz eröffnet. Die Rechtsmediziner unterstützen in der Kinderschutzambulanz niedergelassene und klinische Ärztinnen und Ärzte bei der Diagnose von Kindesmisshandlung und -missbrauch. „Niedersachsen kann auf dieses spezialisierte Angebot stolz sein“, sagte Özkan. „Auf diese Weise haben Ärzte auch ohne Strafanzeige Zugang zu einer hoch qualifizierten Diagnostik. Damit steigt die Chance, Fälle von Misshand-

lung oder Missbrauch frühzeitig zu erkennen. Mit der Kinderschutzambulanz verstärken wir die vielfältigen Landesaktivitäten zum Schutz von Kindern in Niedersachsen.“



Die neue Kinderschutzambulanz ist eröffnet.

INTERNETPORTAL FÜR SENIOREN

In Niedersachsen ist ein neuer Online-Service gestartet. Unter www.senioren-in-niedersachsen.de erhalten Senioren Informationen zum ‚Wohnen im Alter‘, zu Patientenverfügungen oder zu kulturellen Angeboten. Auch gibt es Hinweise zur Pflegeberatung, zu den Seniorenservicebüros und zur Integration von älteren Migranten. Wer seinen Ruhestand aktiv gestalten möchte, kann sich über ehrenamtliches Engagement oder das Sport- und Vereinsangebot informieren. „Wir bieten älteren Menschen wichtige Informationen auf einen ‚Klick‘“, so Niedersachsens Sozialministerin **Aygül Özkan**. Die Struktur des Portals ist auf das Wesentliche beschränkt, damit ältere Nutzer sie schnell überblicken können. Beispielsweise lässt sich die Schriftart leicht verändern. Buttons wurden angenehm groß gestaltet.

Weitere Infos:

www.senioren-in-niedersachsen.de

Reiseland Niedersachsen

„Der Tourismus ist mit über 15 Milliarden und etwa 340.000 Beschäftigten ein wichtiger Wirtschaftszweig für Niedersachsen.“ Das erklärte der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Axel Miesner**, in der Plenardebatte über die künftige Entwicklung niedersächsischer Tourismuspolitik.

Im Gegensatz zu anderen Ländern steigt seit Jahren die Zahl der Übernachtungen, so Miesner. Allein von 2009 auf 2010 habe es über eine Million mehr Übernachtungen gegeben. „Die Zahlen stimmen, der Anfang ist gemacht. Nun müssen wir weiter daran arbeiten, das Reiseland Niedersachsen für in- und ausländische Besucher noch attraktiver zu gestalten und für eine erfolgreiche Zukunft zu rüsten“, sagte Miesner. Mit dem von CDU und FDP verabschiedeten Entschließungsantrag werde auch künftig für eine effiziente, familienfreundliche und zukunftsgerichtete Tourismuspolitik in Niedersachsen gesorgt, betonte Miesner.

Termine 2011

Ab März 2011

Zuhör- und Ostertour des Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler

1. März 2011

Fraktionsvorstand tagt im Sprengelmuseum Hannover

14. März 2011

Ausstellungseröffnung „Ölbilder, Gouachen und Aquarelle von Erich Grün“ in den Büroräumen der CDU-Landtagsfraktion

15.-18. März 2011

Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

16. März 2011

8.00 - 9.00 Uhr
Gebetsfrühstück, Niedersächsischer Landtag, Raum 177



Foto: Picture-Alliance

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Verantwortlich:

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion

Redaktion:

Hilke Vollmer, Pressesprecherin
Dr. Eike Frenzel, Pressesprecher
Sabine Busse, Sekretariat Pressestelle

Kontakt:

Telefon (05 11) 3030-4118
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Weitere Infos:

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Neues Hundegesetz verbessert Sicherheit – auch in finanzieller und rechtlicher Hinsicht

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Karl-Heinrich Langspecht**,



Karl-Heinrich Langspecht

hat den vom Kabinett beschlossenen Entwurf zum neuen Hundegesetz als einen „wirkungsvollen Beitrag für mehr Sicherheit in der Öffentlichkeit“ gelobt: „Nach den zahlreichen Beißattacken von Hunden – insbesondere gegen Kinder – soll der Gesetzentwurf die Bevölkerung künftig besser vor derartigen Vorfällen mit Hunden schützen.“ Zu diesem Zweck müssten demnächst Hundehalter, die sich erstmalig einen Hund anschaffen, einen Sachkundenachweis erbringen, in dem sie ein Grundverständnis für Hunde dokumentieren. Wer nachweislich bereits mindestens zwei Jahre einen Hund gehalten hat, sei von der Nachweispflicht befreit, erklärte Langspecht.

„Auch ein gut erzogener Hund bleibt ein Tier, das von Instinkten und Trieben gesteuert wird. Daran wird auch ein noch so gutes Gesetz nichts ändern“, sagte Langspecht.

„Mit dem Sachkundenachweis soll der Hundehalter jedoch das Verhalten seines Tieres besser einschätzen und kritische Situationen rechtzeitig – vor einem möglichen Biss – entschärfen können. Wir erhoffen uns auch eine höhere Sensibilität, was die artgerechte Haltung der Hunde angeht.“

Für mehr rechtliche und finanzielle Sicherheit würden zudem die Einführung einer grundsätzlichen Haftpflichtversicherung für Hunde und eine verpflichtende Kennzeichnung per Chip sorgen. „In der Vergangenheit blieben Opfer

eines Hundebisses oder -unfalls häufig auf den daraus entstandenen Kosten sitzen. Die für jeden Hundehalter verbindliche Haftpflichtversicherung deckt künftig Schäden bis 500.000 Euro ab“, erklärte Langspecht. Durch den Chip unter der Haut der Tiere seien diese ihren Haltern zweifelsfrei zuzuordnen. „Dadurch entsteht mehr Rechtssicherheit. Letztlich kommt diese Regelung auch den Hunden zugute“, sagte Langspecht hin-



sichtlich entlaufener oder ausgesetzter Tiere.

Neuer Podcast der CDU-Fraktion

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion informiert auch in diesem Monat mit einem kleinen Filmbeitrag über ihre Politik. In dem Podcast „CDU-Fraktion Niedersachsen bewegt“ informieren der Fraktionsvorsitzende **Björn**

Thümler und sein Stellvertreter **Heinz Rolfes** über das neue Kommunalverfassungsrecht. Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz tritt - bis auf wenige Ausnahmen - zum Beginn der Kommunalwahlperiode am 01. November 2011 in Kraft.

Der Podcast ist unter folgenden Links zu sehen:



Heinz Rolfes
Stellv. Fraktionsvorsitzender

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/videopodcast.php

www.youtube.com/cdufraktionnds